

Editorial

Vom 9. bis 16. Februar wird das neue Studierendenparlament gewählt. Das StuPa ist ein Gremium, dem oft wenig Beachtung geschenkt wird. Über den vom StuPa gewählten UStA und durch die Bestimmung von studentischen Mitgliedern für viele wichtige Universitätsgremien ist das StuPa jedoch für jeden Studierenden von Bedeutung. Die meisten Studierenden erfahren nur von den Ergebnissen, die direkt oder indirekt durch das StuPa mitbestimmt wurden. Das sie durch ihr Kreuz bei der Stupa-Wahl diese Entscheidungen mitbeeinflussen, ist den wenigsten bewusst. Deshalb geht zur Wahl und macht Euer Kreuz. Ansonsten vergebt ihr Eure Chance der Mitbestimmung.

LHG Karlsruhe

Termine

25.02.2005
Ende der
Rückmeldungsfrist
für das SS 2005

11.04.2005
Vorlesungsbeginn
SS 2005

LHG Treffen

Die LHG trifft sich jeden zweiten Montag im Irish Pub am Marktplatz. Wir diskutieren gemütlich und lassen den Abend beim Quiz ausklingen. Die Treffen werden rechtzeitig unter www.lhg-karlsruhe.de angekündigt.

Karlsruhe kippt Verbot von Studiengebühren - Länder nutzen Chancen nicht

Eigentlich was es schon auf der Sitzung der 2. Senats des Bundesverfassungsgerichts im November letzten Jahres klar, dass Frau Buhlmanns Gebührenverbot kippen würde. Die vorgelegten Argumente, dass durch Studiengebühren die auf Länderebene entschieden werden, gleiche Lebensverhältnisse bedroht seien, ließen die Richter nicht gelten. Die Mär der gleichen Lebensverhältnisse in Deutschland sollte spätestens seit der Rede des Bundespräsidenten Horst Köhler beseitigt sein. Zentral gesteuerte Gleichmacherei ist ein Übel, dass jegliche persönliche Initiative im Keim erstickt und jeglichen notwendigen Wandel einer Gesellschaft behindert.

So notwendig der Urteilsspruch aus Karlsruhe für die Zukunft des deutschen Bildungslandschaft, so kurzsichtig sind die Konzepte die auch hier in Baden-Württemberg vorgelegt wurden. Anstatt die Gebührenhoheit in die Hände der Hochschulen zu legen und somit das Verhältnis zwischen Universität und Student grundlegend zu verändern,

werden wir Studenten ab Wintersemester 2005/2006 den baden-württembergischen Haushalt sanieren. Auch die versprochenen kosmetischen Veränderungen der Hochschulstrukturen durch das



neue Landeshochschulgesetz ändern nichts an der Tatsache, dass immer noch das Land die wichtigsten Fäden in der Hand hält. Zwar verspricht Herr Frankenberg, den Hochschulen mehr Autonomie, aber auf der anderen Seite hat sein Ministerium entschieden welche Abschlüsse in Baden-Württemberg angeboten werden dürfen. Das Diplom wird abgeschafft und dafür kommen Bachelore und Master.

Anstatt die Hochschulen selbst entscheiden zu lassen mit welchen Angeboten sie die Studierende in Zukunft anlocken, werden die zwei wichtigsten Merkmale, nämlich Höhe des Studienentgelts und

Art der Abschlüsse von oben vorgeschrieben.

Nicht viel anders sieht es in SPD regierten Ländern aus, die vor allem aus Parteiläson und um die stark angeschlagenen Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn nicht weiter zu beschädigen, erst einmal auf Gebühren verzichten wollen. Doch auch in den dortigen Ministerien schrillen

die Alarmglocken. Während in den südlichen Bundesländern, die Universitäten die Stiefel für den Marsch an die nationale und internationale Spitze anziehen, sieht es in Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen, Bremen oder Berlin düster aus. Doch kann man auch von dort vereinzelte sinnvolle Ideen sehen. So denkt Rheinland-Pfalz über Studiengebühren für Studenten aus anderen Bundesländern nach, während Landeskinder in den Genuss eines kostenlosen Studiums kommen sollen. Ähnlich handhaben es staatliche amerikanische Bildungseinrichtungen. Sogenannte In-States bezahlen weniger als Out-States.

Die Zukunft wird zeigen, wie die Länder ihre erkämpfte Freiheit nutzen. Auf jeden Fall stehen wir am Anfang einer großen Chance wieder an die Weltspitze im Bereich Lehre und Forschung zu gelangen.

cc

**Förderstipendium für
Diplomarbeiten**
LHG Alumni-Verein fördert
Flexibilität von Studierenden

Studierende der Universität Karlsruhe, die ihre Diplomarbeit außerhalb von Karlsruhe anfertigen und Studierende anderer Hochschulen, die ihre Diplomarbeit in Karlsruhe schreiben, können sich bis Ende Mai 2005 beim Karlsruher Kreis, dem Alumni-Verein der Liberalen Hochschulgruppe Karlsruhe, um ein Stipendium bewerben. Weitere Informationen sind direkt beim Karlsruher Kreis (www.karlsruher-kreis.de) oder bei der LHG Karlsruhe (www.lhg-karlsruhe.de) erhältlich.

LHG Positionen

Bürokratieabbau jetzt!

Studenten haben besseres zu tun, als sinnlose Zettel von unnötigen Stellen unterschreiben zu lassen. Verwaltungsverfahren müssen vereinfacht werden.

Den Schnüffelstaat stoppen!

Datenerhebung begrenzen, keine Videoüberwachung auf dem Campus

Für Selbstbestimmung und Eigenverantwortung!

Studenten können gut für sich selbst entscheiden - wenn man sie nur lässt.

Kein HiWi-Lohn Diktat des Ministeriums!

Bislang sind die Höchstlöhne für Hiwis vorgeschrieben. Lohnfreiheit bringt Studierenden höhere Löhne und der Uni die Besetzung der vielen offenen HiWi-Stellen.

Deshalb jetzt LHG wählen!
Wahlurnen in der Mensa und in jeder Fakultät.

Impressum:
Liberaler Hochschulgruppe
Karlsruhe
c/o UStA Uni-Karlsruhe
Adenauer Ring 7
76131 Karlsruhe
Email: lhg@uni-karlsruhe.de
Namentlich gekennzeichnete
Beiträge geben nicht
unbedingt die Meinung der
Redaktion wieder.

Lebt denn der alte UStA noch?

Das Studierendenparlament (kurz StuPa) ist die Vertretung der Studierendenschaft der Uni Karlsruhe. Der UStA wiederum wird vom StuPa gewählt und ist das ausführende Organ. Im letzten Jahr hat die Koalition aus FIPS, Grüner Hochschulgruppe, Alternativer Liste, Juso-Hochschulgruppe und ProSV den UStA gestellt. Und teilweise eben auch nicht gestellt.

Seit jeher spalten sich die politischen Hochschulgruppen in zwei Lager. Dies sind zum einen die Liberale Hochschulgruppe (LHG) und der RCDS, zum anderen alle anderen Gruppen. Während LHG und RCDS der gesellschaftlichen Mitte entspringen, tummeln sich alle anderen Gruppen mehr oder minder am linken Rand des politischen Spektrums. Im Grunde sind die linken

Gruppen sich alle einig, oder besser, sie sind untereinander nicht stärker zerstritten als die Gruppenmitglieder unter sich. So hat sich die GAL in die beiden Guppen GHG und AL gespalten. Bei den StuPa Sitzungen fällt dies abgesehen von der Sitzordnung aber nicht mehr auf. Doch trotzdem gibt es immerhin fünf Gruppen des gleichen Spektrums, die eigene Listen zur StuPa Wahl aufgestellt haben. Sie haben bei der Wahl 2004 die Mehrheit der Stimmen bekommen und konnten damit den UStA stellen - wenigstens halbwegs. Denn es waren nicht genug ihrer Mitglieder bereit wirkliche Arbeit zu leisten und Verantwortung zu übernehmen. Viele Referate blieben unbesetzt oder wurden nur der Form halber besetzt und es wurde keine Arbeit verrichtet. Trotz Beteiligung der

Grünen Hochschulgruppe an der UStA-Koalition blieb das Öko-Referat im UStA unbesetzt. Diese Liste, die sich Ökoarbeit auf die Fahnen geschrieben hat, stellt im StuPa auch fleißig Forderungen zum Umweltschutz. Eigentlich eine begrüßenswerte Sache. Doch zum Umsetzender Forderungen ist keiner bereit, denn dies bedeutet Arbeit. Genauso bezeichnend ist es auch, dass der UStA derzeit keinen Sozialreferenten hat. Die Gruppen, die dem Sozialismus nahe stehen, finden in ihren Reihen niemanden, der die Sozialberatung übernehmen will. Eine Tatsache, die nicht weiter kommentiert werden muss.

LASST EUCH NICHT VERARSCHEN

...vor allem nicht von Grün

**Die Grüne Hochschulgruppe ist nicht einmal fähig das Amt des Öko-Referenten im UStA zu besetzen.
Ein Jahr lang keine Öko-Arbeit - das ist die GHG.**

**LHG wählen -
damit sich
was bewegt!**



LHG
Liberale
Hochschulgruppe
Karlsruhe

Infos im Internet

www.lhg-karlsruhe.de

10 Thesen zur Hochschulpolitik

Die aktuelle Diskussion um die Eliteuniversitäten muss genutzt werden, um endlich die Gleichmacherei im deutschen Hochschulwesen zu beenden. Ein klares Bekenntnis zu Spitzenuniversitäten ist von Nöten. Diese Spitzenuniversitäten haben Leuchtturmfunktion und stärken Deutschlands Position im internationalen Wettbewerb.

Kurzfristige Sonder-Programme, mit denen vereinzelte Hochschulen zu sogenannten Elite-Universitäten getrimmt werden sollen, sind nicht in der Lage, die Probleme im deutschen Hochschulbereich zu lösen. Die Ausschreibung eines Wettbewerbs zur Ermittlung der Elite-Hochschulen mutet an wie TV-Shows unter dem Titel „Deutschland sucht die Elite-Uni“ statt „Deutschland sucht den Superstar“. Ziel liberaler Politik ist es, einen echten Wettbewerb unter Hochschulen herzustellen im Gegensatz zu sozialistischen Sandkastenspielchen. In der Hochschulfinanzierung muß ein Systemwechsel herbeigeführt werden, der eine Qualitätssteigerung an allen Hochschulen dauerhaft mit sich bringt. Die LHG vertritt dabei folgende Thesen:

1. Entscheidend für das Ansehen einer Universität und damit einer Einstufung als „Elite-Universität“ sind die einzelnen herausragenden Fakultäten. Eine Einstufung ganzer Universitäten als „Elite“ ist deshalb nicht sinnvoll.

2. Der Umstieg von der Objektförderung (Hochschule) auf die Subjektförderung (Studierender) für Lehre, Gemeinkosten, Gebäude und Grundfinanzierung der Forschung muss vorangetrieben werden. Der LHG spricht sich gegen die Erhebung staatlicher Studiengebühren aus. Um den „Wettbewerb als Entdeckungsverfahren“ im Bildungswesen zu nutzen sowie der Verschwendung von Geldern entgegenzutreten, tritt der LHG für die Einführung des Bildungsgutscheinsystems ein. Die Privatisierung des Ausbildungsrisikos wird c.p. abgelehnt.

3. Bildungsgutscheine, eigene Rechtsfähigkeit der Hochschulen, Dienstherrschaft, die Möglichkeit Entgelte zu erheben müssen zentrale Bestandteile einer Hochschulstrukturreform werden. Es werden sich dann automatisch Spitzenhochschulen entwickeln, die zusätzliche Mittel von Studierenden, Alumni und Förderern aus der Wirtschaft akquirieren.

4. Die Art und Weise der Durchführung des Studiums, ob als Voll- oder Teilzeitstudium, muss allein Sache des Verhältnisses zwischen Studierendem und Hochschule sein.

5. Die Hochschulen sollten in der Ausgestaltung ihrer Angebote und Abschlüsse frei sein. Staatliches Lenkungsmittel darf lediglich die Anerkennung bestimmter Abschlüsse zur Übernahme in den Staatsdienst sein. Diese Abschlüsse müssen akkreditiert werden. Es darf kein Zwang zur Einführung bestimmter Abschlüsse (Bachelor/Master) ausgeübt werden; wird ein Diplomstudiengang an einer Hochschule nachgefragt, dann soll sie ihn auch weiterhin anbieten dürfen.

6. Zusammen mit dem Übergang der Dienstherrschaft auf die Hochschulen muss das Bildungsbeamtentum abgeschafft werden. Die Vermittlung von Lehrinhalten und die Forschung sind nicht hoheitliche Aufgabe. Staatsprüfungen können auch unter notarieller Aufsicht abgenommen werden. Momentan verbeamtetes Lehrpersonal kann in Sondervermögen analog Bahn/Post aufgefangen werden.

7. Die ZVS muss abgeschafft werden, die Hochschulen müssen ihre Studierenden selbst auswählen. Die Bildung von „Bewerbungsverbänden“ muss erlaubt werden.

8. Die Gruppenuniversität hat versagt, Universitäten mit starken Präsidenten sind eindeutig die reformfreudiger. Deshalb muss die innere Organisation allein Aufgabe der Hochschule sein, der Gremienwirrwarr muss abgeschafft werden. Für die Mitgestaltungsrechte von Mitarbeitern und Studierenden ist eine Regelung ähnlich dem Betriebsverfassungsgesetz notwendig.

9. Den jeweiligen Standorten muss es möglich sein analog zu Wirtschaftsförderungsprogrammen „Wissenschaftsförderungsprogramme“ zur gezielten Förderung der Hochschulen aufzulegen und damit die Entwicklung am Standort zu fördern.

10. Hochschulen in privater Trägerschaft dürfen in der Finanzierung nicht gegenüber staatlichen benachteiligt werden.